

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 320

20. Okt. 2004

11. Jahrgang

## Land, Gender und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Guatemala

Die in manchen Regionen oftmals in grossem Ausmass und beständig herrschenden Phänomene des Hungers und der Unterernährung sind in Guatemala weder neu noch unabhängig von den strukturellen und politischen Rahmenbedingungen. Der Kampf der BäuerInnen um eine gerechte Landverteilung war in diesem Zusammenhang nicht nur eine der wesentlichen Ursachen für den bewaffneten internen Konflikt, sondern kostet noch heute manches Menschenleben, zieht die derzeitige Regierung unter Oscar Berger doch offensichtlich meistens den Weg der Gewalt vor, um von BäuerInnen besetzte Fincas zu räumen und den Dialog mit diesen zu brechen.

Irma Alicia Velásquez Nimatuj erörtert im folgenden die Problematik und die besondere Benachteiligung von Frauen in diesem Zusammenhang, mit der sie sich als promovierende Anthropologin seit langer Zeit intensiv auseinandersetzt. Der vorliegende Text beruht auf einem Vortrag, den die Angehörige des Volkes der Maya-K'iché Anfang Oktober bei einem u.a. von FIAN International veranstalteten Seminar zum Thema "Recht auf Nahrung von Landfrauen in Lateinamerika" gehalten hat.

"Ich möchte von vornherein klarstellen, aus welcher Perspektive ich spreche. Ich bin keine „indigene Frau“, ich bin eine Frau, die Anthropologin und indigen ist. Ich begleite im Rahmen der Anthropologie indigene ländliche Gemeinden und Personen. Seit langer Zeit arbeite ich zum Thema Land.

Zu Beginn meines Vortrages möchte ich den generellen Rahmen skizzieren, innerhalb dessen sich der Kampf um die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte in Guatemala abspielt. Speziell der indigenen Völker. Anschliessend werde ich mich relativ allgemein darauf beziehen, wie die Landsituation in Guatemala aussieht. Zum Schluss möchte ich drei Fallstudien von Mam-BäuerInnen vorstellen, die ich begleitet habe. Eine entstand in San Marcos zusammen mit der *Coordinadora Marquense* und zwei mit der BäuerInnenorganisation CONIC in Retalhuleu.

Was ich mit diesen Studien zeigen möchte ist die Erkenntnis, dass sich die Bauern und Bäuerinnen nicht immer als Opfer sehen. Sie sehen sich nicht immer als die am stärksten Ausgegrenzten, die am meisten leiden, sondern im Gegenteil: Was wir bei diesen Fällen der politischen Begleitung vorgefunden haben ist die Tatsache, dass die Betroffenen versuchen, die Opferrolle zu durchbrechen, in die sie der Staat aber auch die internationale Gemeinschaft gedrängt haben. Was uns eben die *compañera* Eulalia (Eulalia Elena Silvestre Hernández vom BäuerInnenbündnis *Alianza de Mujeres Rurales*, die Red.) über ihre Erfahrungen erzählt hat, ist ein solches interessantes Beispiel: Es sind just diese Freiräume, die sie ausnutzen: Sie sind vor dem Krieg geflohen, kommen schliesslich aus dem Exil in Mexiko zurück. Aber wie kehren sie zurück? Sie haben Lebenspläne, Beschäftigungspläne! Und sie versuchen, Gemeinden in Schwung zu bringen, noch mitten im Krieg. Genau das haben wir in vielen Regionen vorgefunden, in anderen Regionen, wo die Konzentration von Land sehr gross ist.

Um nun den ersten Aspekt aufzugreifen: Der Kampf um die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte in Guatemala betrifft für gewöhnlich am stärksten die indigenen Völker. Und das deswegen, weil zwischen 60 und 70% der guatemaltekischen Bevölkerung indigen sind. Darunter werden drei

Völker gefasst: das Volk der Garífuna, das der Xinca und das der Maya. Da ich die anderen beiden und ihre Kämpfe zu wenig kenne, beziehe ich mich hier auf die Maya und innerhalb dieser werde ich von dem Volk der Mam sprechen.

Der Kampf um die wirtschaftlichen Rechte ist sehr alt. Es ist ein Kampf, der sich im Laufe des 20sten Jahrhunderts verstärkt hat, gerade ab 1950 an Aktivismus gewonnen hat und in Zusammenhang mit dem zivilen Krieg stand, mit dem wir konfrontiert waren. Dieser Krieg brachte die Stimme der Maya nicht zum Schweigen, obwohl es genau diese waren, die von dem Konflikt am heftigsten getroffen wurden, 83% der Toten waren Maya.

Es ist ebenfalls zu konstatieren, dass mit Aufnahme der Friedensgespräche von Seiten des Volkes der Maya eine deutliche Forderung gestellt wurde, an den Verhandlungs- und Diskussionstischen teilzunehmen, doch dieser wurde nicht entsprochen. Es gab lediglich eine indirekte Beteiligung der indigenen Bevölkerung und ebendies hat viele Schwierigkeiten mit sich gebracht. Es hat vornehmlich in spezifischen Abkommen Probleme verursacht, wie zum Beispiel bei der Vereinbarung zur Identität und der Rechte der Indigenen Völker. Denn es wurde eine Vereinbarung für die indigenen Völker verhandelt, ohne dass diese anwesend waren. Auch das Abkommen über die sozio-ökonomischen Rechte: Es wurde über das Thema Land geredet, ohne dass die Indígenas direkt daran beteiligt wurden. Bei der Diskussion über das Abkommen zur Wiederansiedlung waren sie auch nicht dabei. All dies hat zu einer Serie von Lücken, einer Serie von Streitfragen geführt, mit denen wir uns heute auseinander zu setzen haben. Allein, weil die Stimmen und die Lösungsvorschläge der am meisten Geschlagenen und Bedürftigsten nicht gehört wurden.

Wir stellen also fest, dass die ökonomischen, politischen und sozialen Rechte der indigenen Völker ab 1995 an Stärke gewinnen, vor allem ab Mai jenes Jahres, als das Abkommen zur Identität und der Rechte der Indígenas firmiert wird. Zum ersten Mal in 500 Jahren werden die indi-

genen Völker in Guatemala anerkannt. Das gab es vorher nicht! Es werden das Volk der Garífuna, das der Xinca und das der Maya anerkannt.

Dies öffnet einen politischen Freiraum für Verhandlungen auf nationaler Ebene, der ferner erlaubt, dass BäuerInnenorganisationen, indigene Organisationen, Vereinigungen von Frauen, von Männern anfangen, in die politische und öffentliche Arena Guatemalas einzutreten. Das ist nicht einfach gewesen. Denn, auch wenn das Abkommen zur Identität sie offiziell anerkennt, tut dies die Politische Verfassung der Republik noch lange nicht. Es wurden Änderungen in der Carta Magna gefordert, die bis heute nicht eingelöst worden sind. Es besteht also ein legales Vakuum.

Eine andere Lücke manifestiert sich darin, dass das Abkommen zur Identität kein Staatsabkommen ist. Das bedeutet, dass die jeweilige Regierung selbst entscheiden kann, ob sie sich daran hält oder nicht. Deswegen verwundert es auch nicht, dass MINUGUA in ihren Berichten davon spricht, dass das Abkommen, das bislang am wenigsten erfüllt wurde, das zur Identität ist. Diese Beobachtung zieht sich vom ersten bis zum letzten Bericht der UN-Mission. Weil es eben kein Abkommen des Staates ist.

Auf der anderen Seite wurde von Seiten sozialer Sektoren aufgeworfen, dass die kulturellen und sozialen Rechte der indigenen Völker andere seien als die wirtschaftlichen. Erst seit kurzem werden die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, ethnischen Rechte überhaupt anerkannt. Und dies ist eindeutig ein Erfolg der Forderungen und Vorschläge der indigenen Völker selbst.

Es gibt mittlerweile eine Reihe von Maya-Organisationen, die sich auf ein bestimmtes Arbeitsfeld konzentrieren: Es gibt die Akademie der Maya-Sprachen, es gibt die Vereinigung *Moloj*, die sich speziell dem Kampf um die Rechte der indigenen Frauen widmet. CONIC, die Nationale Indígena- und BäuerInnenkoordination, versucht eine integrale Agenda aufzusetzen, die sowohl die Aspekte Gender, Land, den BäuerInnenkampf als auch die ethnischen Rechten umfasst. Die Analyse des bisherigen Erfolgs dieser Agenda steht noch aus.

Ich möchte damit sagen, dass die Tatsache, dass es eine Reihe von Maya-Organisationen mit speziellem Engagement gibt, nicht erklärt, dass die kulturellen Rechte von den wirtschaftlichen getrennt sind. Im Gegenteil: Sie gehören zusammen.

Wir haben ebenfalls festgestellt, dass seit 1997 damit begonnen wurde, zahlreiche Analysen, Studien und Berichte zu erstellen, die veröffentlicht werden und uns auf die Marginalisierung hinweisen, in der die indigenen Völker leben. Das war während der

Kriegszeit nicht gemacht worden. Stattdessen gab es aufgrund der herrschenden Repression nur völlig allgemeine Berichte. Die Mehrzahl der ExpertInnen musste das Land verlassen, andere haben keine Forschung mehr betrieben.

Was sagen uns nun die Berichte, beispielsweise vom PNUD, dem UN-Entwicklungsprogramm? Dass zwischen den Jahren 2000 und 2002 die Armut in Guatemala von 56 auf 57% angestiegen ist. Die CEPAL, das Polit- und Wirtschaftsforschungsinstitut, zeigt auf, dass speziell die indigenen Völker mit 86.6% von der Armut betroffen sind. Und davon wiederum tragen insbesondere die Frauen auf dem Land die größte Last: 73% von ihnen leben in Armut. Sie leben auf dem Land und sind indigen.

In Lateinamerika gibt es zwei Länder, die sich ähneln: Bolivien und Guatemala. Doch ihre politischen Kämpfe sind unterschiedlich. Derzeit erleben wir ein Bolivien, das hinsichtlich der Verfassungsrechte Fortschritte macht, sie haben es geschafft, eine neue Verfassung einzufordern. Sollten sie tatsächlich Verfassungsänderungen zu Gunsten der indigenen Bevölkerungsmehrheit erreichen, wäre dies ein ungeheuer wichtiger Präzedenzfall für Lateinamerika. Das wäre das erste Mal in dieser Region, dass eine Verfassung direkt von der Basis der indigenen Völker vorangetrieben wurde.

In Guatemala haben wir das nicht geschafft. Und das lag an den Rahmenbedingungen der Ungleichheit und Exklusion, vereint im Rassismus. Guatemala ist ein enorm rassistisches Land. Es ist schwierig, im wirtschaftlichen und sozialen Kampf voranzukommen, wenn es keinen Fortschritt im Kampf gegen den Rassismus gibt. Doch das ist kaum für diejenigen Nicht-Indígenas zu verstehen, die nicht davon betroffen sind, in den unterschiedlichen Instanzen ausgeschlossen, im tagtäglichen Leben diskriminiert zu werden.

In diesem Zusammenhang sind wir auf etwas gestossen, das die indigenen Völker "statistisches Genozid" nennen. In Guatemala will man den Prozentanteil der indigenen Bevölkerung an der Gesamtpopulation nicht wahrhaben. Zum Beispiel spricht der letzte offizielle Zensus von 43% Indígenas. Die indigenen Völker weisen dagegen darauf hin, dass ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 60 und 70% liegt.

Das sind genau diese Daten, die auch den Schweregrad der herrschenden extremen Armut verschleiern. Und somit werden auch die nötige öffentliche Aufmerksamkeit in Bezug auf die betroffene ländliche und indigene Bevölkerung verweigert und der soziale Ausschluss kaschiert.

Womit beschäftigt sich der Grossteil der ruralen und indigenen Bevölkerung in Guatemala? Die meisten widmen

sich der Landwirtschaft. In Guatemala gibt es schätzungsweise 4 Mio. indigene Frauen. Und 80% von diesen sind in unterschiedlicher Form an das Land, an die Landwirtschaft gebunden. Doch diese Zahlen werden im Zensus nicht berücksichtigt, da die Frauen keinen Lohn erhalten. Als ökonomisch aktive Bevölkerung werden eben nur die Personen anerkannt, die ein Einkommen haben. Dabei widmen sich die Frauen beispielsweise dem Kleinhandel, sie stellen in kleinem Umfang Webarbeiten her oder engagieren sich in anderen Bereichen, die aber auch keine offizielle Anerkennung geniessen. Auf diese Weise werden die Frauen in den offiziellen Daten übergangen, vergessen. Als ökonomisch aktiv werden derzeit in Guatemala nur 1,7 Mio. Arbeitende bezeichnet. Die wirkliche Zahl liegt dagegen wesentlich höher.

Und wie sieht es mit dem Landbesitz aus? Der Agrarzensus von 2003 - der vorherige wurde 1979 durchgeführt, es dürften also deutliche Unterschiede in den Angaben zu erwarten sein - was sagt er uns? Die Zahlen sind fast die gleichen geblieben! Die Konzentration des Landes liegt weiterhin in wenigen Händen. 93% der Fincas, die kleiner als 10 *manzanas* (7 ha, die Red.) sind, liegen auf 21% des anbaufähigen Landes. Währenddessen umfassen 1.9% der Fincas, die grösser als eine *caballería* (45 ha, die Red.) sind, 57% des anbaufähigen Landes. Die Landkonzentration in Guatemala überwiegt also deutlich. Stellen Sie sich die Proportion dieser Reichumsverteilung in Deutschland vor! Dass 1,9% der Bevölkerung 60% des Reichtums des Landes besitzen würden. Ich glaube, das ist kaum vorstellbar.

Diese sind die Probleme in Guatemala, die strukturellen Probleme. Demzufolge ist es schwierig, Erfolge zu erzielen, wenn das System nicht in Frage gestellt wird und Transformationen erreicht werden. Diese Probleme der Exklusion, der Armut, der Marginalisierung der indigenen Völker, des Rassismus, dem sie ausgesetzt sind, hat durchaus zur Folge gehabt, dass am 29. Dezember 1996 die Dokumente des Friedens unterschrieben wurden. Doch dieser Friede ist im wirklichen Leben nicht angekommen!

Anfang 2002 sah sich Guatemala einer indigene Bewegung gegenüber, bestehend aus mutigen Männern, Frauen, Kindern und Alten, die in die Hauptstadt einmarschierten und jeden möglichen Spielraum ausnutzten, um ihre Forderungen zu artikulieren. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Fincas besetzt, vornehmlich in den Verapazes, teilweise an der Südküste des Departaments Quetzaltenango und in einigen Regionen von Retalhuleu. Die Absicht dieser Aktionen bestand zum einen darin, arbeitsrechtliche Gerechtigkeit einzufordern. Es wurden Fincas besetzt, deren Arbeitende be-

reits seit 20, 25 Jahren dort tätig waren und noch nie irgendeine Dienstleistung noch Erstattung für ihre Arbeit erhalten hatten. Es gab sogar Fälle, in denen die Arbeitenden seit einem Jahr keinen Lohn bekommen hatten. Sie schlugen vor, ihnen die Ländereien als Teil ihrer Gehälter zu überlassen. An anderen Orten gab es Fincas, auf denen einige Felder nicht genutzt wurden. Und die, die eher ausserhalb lagen, wurden von den BäuerInnen besetzt, um sie für den Eigengebrauch zu bepflanzen.

Es gibt also eine gewisse Kraft der CONIC, es gibt eine Kraft der BäuerInnenvereinigung CNOC, es gibt eine Kraft der Organisationen von indigenen Bäuerinnen, die versuchen, den Landbesitz als Thema auf den Diskussionsstisch des Staates zu bringen. Dennoch gibt die Regierung keine Antwort darauf. Diese vertritt derzeit den Standpunkt: „Den einzigen Ausweg, den wir haben, sind der Landfond FONTIERRA und CONTIERRA, die Kommission, die versucht, die Landkonflikte zu lösen.“

Die einzige Option, die FONTIERRA den BäuerInnen bislang bot, war, dass diese Land kaufen konnten. Land in schlechtem Zustand, Felder, auf denen Baumwolle oder Kaffee angepflanzt worden war. Die Kaffeekrise hat ihrerzeit dazu beigetragen, die prekäre Situation der BäuerInnen zu verschärfen. Der Kaffeepreis begann zu fallen. Sie alle wissen, dass die zentralamerikanischen Länder Kaffee- und Bananenländer sind. Seit Jahrhunderten blieb uns nichts anderes übrig, als diese Früchte anzupflanzen. Als der Kaffeepreis auf dem internationalen Markt fiel, konnte Guatemala nicht überleben. 5% des Bruttoinlandsprodukts bestanden aus Einnahmen der Kaffeeproduktion und die sind verloren. Vietnam ist in den internationalen Kaffeemarkt eingestiegen. Ich beschuldige Vietnam nicht. Wir haben es einfach mit den Strategien des riesigen Weltmarktes, der Preise und Produkte zu tun.

Wenn schon in Guatemala ein äusserst niedriger Kaffeepreis im Gegenzug von Sklavenarbeit und dem Nichtzahlen von Löhnen erreicht wurde, wie muss man sich erst die Arbeit in Vietnam vorstellen? Ich denke, dass die Arbeitssituation dort noch schwieriger sein muss, um auf dem Weltmarkt ein noch günstigeres Produkt anbieten zu können.

In Guatemala haben diese Umstände zu einer realen Ernährungskrise geführt. Ende 2002 gab es allein im Departement San Marcos 120'000 Familien, die an Hunger litten. In diesem Departement lagen die meisten Kaffeeplantagen und die meisten Fincas, die geschlossen wurden. Diese 120'000 Familien erhielten keinerlei Hilfe von der Regierung. Es waren die Landpastorale und andere Organisationen, die versuchten, die prekäre Situation zu lindern. Und diese Unterstützung hält immer noch an.

Im Jahre 2002 gingen 66'000 Arbeitsplätze verloren. Im folgenden Jahr waren es schon 176'000, also rund 100'000 mehr. Ähnlich problematisch sah es mit den Gehältern aus. Der offizielle Lohn betrug 28 Quetzales täglich, also etwa US-\$ 3,50. Aber der reale Lohn auf den Fincas betrug zwischen US-\$ 1,80 und 2,20 für eine sechsköpfige Familie. Das war unmöglich, dass eine Familie damit leben konnte. Ebenso war es unmöglich, von den Leuten zu fordern, die Fincas nicht zu besetzen. Das war eine Alternative, ein Ausweg.

Zum Schluss möchte ich nun die drei Fallstudien vorstellen, die ich begleitet habe.

Die erste Studie wurde in El Paraíso erhoben. Dieser Ort liegt in San Marcos und ist Teil der Marquensischen Dachorganisation *Madre Tierra*. Das ist ein interessanter Fall. Hier leben BäuerInnen, die seit Generationen organisiert sind. Sie haben wirklich auf die Unterzeichnung der Friedensverträge gewartet und haben sich viel von dem sozioökonomischen Abkommen versprochen. Als diese Vereinbarung firmiert war, sagten sie: „Jetzt ist der Moment gekommen, in dem wir auf legale Weise Land bekommen können und nicht mehr auf gewalttätigem Wege.“ Zuerst schafften sie es, die Marquensische Dachorganisation zu gründen, denn sie suchten eine Art Schirm, eine departamentale Koordinationsstelle, die ihnen als Dach diene. Nachdem diese formiert war, gingen sie in ihre Gemeinden und begannen, jede einzelne von diesen zu organisieren. Die Leute aus El Paraíso, ein Ortsteil der Departementshauptstadt von San Marcos, handelten einen Kredit bei FONTIERRA über die 7 Mio. aus, die die Finca kostete. Doch interessanterweise liessen sie es nicht zu, dass der Landfond bestimmte, welche Finca sie bekommen sollten. Sie holten drei, vier bis zu fünf Angebote ein, und als sie sich für eine Finca entschieden hatten, die ihres Erachtens die beste der verfügbaren auf dem Markt war, liessen sie sich auf die Verhandlung ein. Und sie haben eine gute Finca gekauft. Sie kauften eine Finca in Catarina San Marcos, zwanzig Minuten von der Grenze zwischen Guatemala und Mexiko entfernt. Seitdem sind sie vereint. Sie haben eine sehr interessante interne Organisation mit sechzehn eigenen Kommissionen. Und sie haben ein sehr dynamisches Team von Frauen.

Zu Beginn kamen unterstützende Organisationen, die den Frauen vorschlugen, Hühner zu züchten. Daraufhin meinten die Frauen: „Einverstanden, wir werden Hühner züchten, aber bloss für sechs Monate. Denn die Hühner bringen uns keinen Gewinn, das ist nicht rentabel. Wir wollen einen viel grösseren Kredit, der es uns ermöglicht, Vieh zu kaufen. Denn die Kühe werden sich

rentieren.“ Sie schafften es also, sich nicht einfach in diese Gender- und Geschlechterrollen-Schemata einordnen zu lassen und das zu machen, was am wenigsten kostet. Und es geht diesen Frauen ziemlich gut. Sie produzieren am Tag mehr als 100 Liter Milch, die sie kollektiv vermarkten. Das Dorf hatte keine Brücke über einen der Flüsse, der auf dem Weg zur Finca liegt. Also konstruierten sie selbst diese Brücke. Sie hatten beim Staat diesbezüglich angefragt, doch dieser hatte ihnen nicht geholfen. 55'000 Quetzales (ca. US-\$ 6'875,-, die Red.) hat sie diese Brücke gekostet. Und sie haben es geschafft, sie zu bauen.

Das ist eines der besten Beispiele. Aber es ist auch eine Falle, denn es scheint so, dass der Markt es doch erlaubt, dass die BäuerInnen einfach eine Finca kaufen und aus der Armut herauskommen können. Auf der einen Seite stimmt das. Auf der anderen Seite ist dieser Erfolg sehr stark auf die interne Organisation dieser Gemeinde zurückzuführen. Es sind 120 Mam-Familien und 40 Familien aus anderen Regionen Guatemalas, die sich ihnen angeschlossen haben. Sie haben es geschafft, sich intern zusammenzutun und voranzukommen.

Der zweite Fall ist der der Finca Tlán in Retalhuleu. Auf dieser Finca wurde zu erreichen versucht, dass 85 Familien ihre Arbeitsrechte ausgezahlt würden. Es lag nicht an dem Arbeitgeber, der ihnen bereits die Finca als Zahlung ihrer Lohnzusatzleistungen angeboten hatte. Doch als dieser starb, wurde ihnen die Finca dennoch nicht überlassen. Stattdessen begannen die Familien einen Gerichtsprozess, um sie zu erwerben. Das zog sich über fünf Jahre. Schliesslich wurde ihnen die Finca zugesprochen, doch der Staat intervenierte und behauptete: „Wenn ihr die Finca haben wollt, müsst ihr sie kaufen. Da führt kein Weg dran vorbei. Wir können euch eure Lohnzusatzleistungen für diese Finca nicht gewähren. Das geht nicht!“ Und sie akzeptieren es, die Finca zu kaufen, eine ausgelaugte Finca in schlechtem Zustand. Doch sie sind dort und kämpfen. Sie versuchen weiterzukommen und pflanzen Sesam und Mais an. Mais, um die Ernährung zu sichern und den Sesam zur Vermarktung. Und die Frauen sind ebenfalls organisiert und züchten in kleinem Umfang Tiere. Wenn die Klimaepochen günstig und die Ernten gut sind, kommen sie voran, wenn das Wetter schlecht ist, verlieren sie alles. Sie sind also sehr vom Verlauf des Jahres abhängig, vom Klima, den Ernten, den Preisen. Sie hatten kleinere interne Organisationsprobleme, aber es geht ihnen nicht so schlecht. Sie haben Schritt für Schritt die Schulden bezahlt.

Der letzte Fall ist der in Nueva Castela, vielleicht ist es international der bekannteste, denn die Mam-Frauen ha-

ben sich dem Militär auf der *Plaza Central* in der Hauptstadt entgegengestellt, sie wurden geschlagen, beschimpft, verletzt. Sie forderten die Rückerstattung einer Finca von 1910, die ihnen der damalige Präsident von Guatemala übereignet hatte. Doch danach wurde sie ihnen nicht überlassen. Also forderten die Frauen die Übergabe dieser Finca. Und der Staat sagte auch in diesem Fall: „Der einzige Weg besteht darin, dass ihr die Finca kauft. Wir können sie euch nicht einfach so geben.“ Und sie akzeptieren den Kauf, aber nicht den der Finca, die ihnen 1910 vom Präsidenten zugesprochen worden war, sondern sie kauften eine, die im allerschlechtesten Zustand ist. Hier war Baumwolle angepflanzt worden. Dieser Landerwerb hatte zur Folge, dass sich die Organisation gespalten hat. Gespalten in Bezug auf die Frage ob der Form der Legalität der Finca. 60% der BäuerInnen hatten sich entschieden, dass sie Individualtitel haben wollten. 40% dagegen wollten kollektive Besitztitel. Dies brachte die Gemeinde gegeneinander auf. Dann kam auch noch der Hurrikan „Mitch“ und zerstört

all ihre Ernten. Sie verlieren alles und können noch nicht einmal die wenigen ausstehenden Kredite zurückzahlen. Ein Viertel der Gemeinde emigrierte in die Vereinigten Staaten als eine Form, die Krise zu meistern. Die übrigen sind zurückgeblieben und kämpften weiter. Als sie die Individualtitel erhielten, verkauften die, die es konnten ihren Anteil, und verliessen den Ort, denn sie konnten die Felder nicht erhalten, die nährstoffarm und unfruchtbar sind. Zusätzlich bestanden die internen Problemen in der Gemeinde weiter fort. Diejenigen BäuerInnen mit kollektivem Landtitel blieben und führen den Kampf fort in einer Gemeinde ohne die minimalen Dienstleistungen. Das ist der schlimmste Fall trotz aller politischen Kämpfe, die ausgetragen worden sind.

Wir sehen an diesen drei Fällen, dass der einzige Weg zum Landbesitz für die BäuerInnenorganisationen in Lateinamerika über den Markt läuft. Egal, um was für einen spezifischen Fall es sich jeweils handelt. Zwei der Fälle entsprachen nicht den Bedingungen des Marktes. In El Paraíso schon, die beiden

anderen aber nicht.

Es gibt also eine Reihe interner Probleme in Guatemala. Solange die Besonderheiten der einzelnen Fälle nicht analysiert werden, wird die Stabilität des Landes nur schwer zu erreichen sein. Ich glaube, wir sind mit einem grossen Problem konfrontiert. Während ich mit den ländlichen Gemeinden gearbeitet habe, habe ich sie gefragt, was sie von der Agrarreform halten. Die Mehrheit sieht die Sache folgendermassen: Die Agrarreform ist notwendig, aber sie wird das Problem nicht lösen. Die BäuerInnen sehen die Agrarreform als Teil einer viel umfassenderen ländlichen Entwicklung.

Ich glaube also, dass hier eine Möglichkeit des Engagements besteht. Eine Möglichkeit der Begleitung, der Analyse und der Schaffung einer Perspektive für die ländlichen Gebiete. Eine Agrarreform allein wird nicht funktionieren. Doch als Teil einer ländlichen Entwicklung, die die Aspekte Gender, Ethnie, Klasse und auch die Rolle des Staates umfasst, könnte eine Alternative sein.

Vielen Dank."

## Rote Karte für fussballspielende Prostituierte

**Guatemala, 24. Sept.** Dass Sport völker- oder sonst etwas verbindend sein soll, widerlegt das folgende Communiqué einer Frauenfussballmannschaft, die von einem Fussballturnier ausgeschlossen wurde, u.a. weil in ihr Prostituierte spielen.

„Wir sind eine Gruppe Prostituiertes, die in der als „La Línea“ (die Linie) bekannten Gegend in der Hauptstadt arbeiten. Wir haben uns als Fussballquipe zusammengeschlossen, weil wir die guatemalteckische Gesellschaft darauf sensibilisieren wollen, dass jeder Mensch ein Anrecht auf Respekt und Würde hat.

Vor vier Tagen trug sich unter den Augen der Presse einer der zahlreichen Diskriminierungsskandale ab, wie es sie in unserem Land täglich gibt: Vor einem Monat haben sich die „Estrellas de la Línea“ zum Frauen-Fussballturnier von FUTECA (einer unabhängigen Fussballakademie, die Red.) angemeldet. Am 18. Sept. hatten wir unser erstes Spiel und die Reaktionen folgten umgehend: Kaum war das Spiel zu Ende, verlangten die SpielerInnen der Gegenmannschaft von den Organisatoren unseren Ausschluss, wobei sie sich auf Vorurteile und Unwissen über so wichtige Themen wie die Menschenrechte und AIDS stützten. Sie argumentierten mit Sätzen wie, sie könnten sich über unseren Schweiß mit AIDS

anstecken und verlangten, dass der Bodenbelag der Halle ausgewechselt würde, da sich eine unserer Spielerinnen verletzt hatte und blutete.

Abgesehen davon, dass diese Menschen keine Ahnung davon haben, wie sich die Krankheit AIDS überträgt, gehen sie einfach davon aus, dass die SpielerInnen der „Estrellas de la Línea“ von ihr betroffen sind – die Freude, uns auf diese Provokation einzulassen, machen wir ihnen nicht. Unser Beruf zwingt uns zu spezieller Vorsicht und regelmässigen Untersuchungen, etwas, was solch ignorante Menschen mit Garantie nicht machen. Genau dies ist eine der Forderungen, die auf den Flugblättern standen, die wir am besagten Fussballturnier verteilten: Effektive Aufklärungskampagnen über den Gebrauch von Kondomen und über sexuell übertragbare Krankheiten.

Wir haben nichts gegen FUTECA und die Frauen, gegen die wir letzten Samstag spielten; Reaktionen wie ihre sind ein Ausdruck der Ablehnung und der Diskriminierung, die wir täglich zu spüren bekommen. Unser Ziel ist zu beweisen, dass wir Frauen wie alle anderen sind, dass wir ein Recht dazu haben, Fussball zu spielen und an jeglichen sonstigen Aktivitäten teilzunehmen, ohne dass wir diskriminiert werden, weil wir Prostituierte sind.

FUTECA wirft unseren Fans vor,

obszöne Sprüche gerufen zu haben, um uns anzufeuern und dass es verboten sei, Transparente und Flugblätter zu den Turnieren mitzubringen. Wir akzeptieren dies nicht, unsere Fans haben nichts als die üblichen Sprechchöre gesungen, um uns anzuspornen. Ausserdem steht in keinem Reglement von FUTECA geschrieben, dass es verboten sei, Transparente mitzubringen oder Flugblätter zu verteilen. Und wenn auch, all das wären nicht Argumente genug, um uns vom Turnier auszuschliessen. Es ist offensichtlich, dass unser Ausschluss auf Druck der anderen Mannschaften zustande kam, die das Spielfeld nicht mit Prostituierten teilen wollen.

Da es uns verboten ist, weiterhin an den Turnieren von FUTECA mitzuspielen, rufen wir alle Frauen – Prostituierte oder nicht – die Lust haben, gegen uns zu spielen, auf, sich bei uns zu melden. Wenn es sein muss, reisen wir bis in die hinterste Ecke dieses Landes um zu beweisen, dass wir spielen können!“

Offenbar hat der Ausschluss der „Estrellas“ vom FUTECA-Turnier in Guatemala ziemliche Wellen geschlagen. Verschiedene JournalistInnen haben sich hinter die Frauen gestellt, das Menschenrechtsprokurat hat eine Untersuchung eingeleitet und die „Estrellas“ müssen fleissig trainieren, denn sie wurden zu diversen Spielen eingeladen.

## Kirche und Regierung im Streit über Minen-Konzessionen

**Guatemala, 24. Sept.** Zwistigkeiten und böse Worte prägen die Beziehung zwischen der Regierung und den Hierarchiehöchsten der katholischen Kirche, nachdem sich diese gegen die Minenaktivitäten und sonstigen Megaprojekte im Land ausgesprochen hatten und die Regierung sie daraufhin als „populistisch“ betitelt hat.

Die guatemalteckische Bischofskonferenz hat sich klar auf die Seite der UmweltaktivistInnen, der BäuerInnen und GewerkschafterInnen geschlagen, indem sie die Minen, die Wasserkraftwerke und die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten als „der Mehrheit der Bevölkerung schadend“ bezeichnete. Der Erzbischof Rodolfo Quezada Toruño verzichtete auf ein mit Präsident Berger geplantes Treffen, bei dem es um diese Themen gehen sollte, nachdem Berger ihn öffentlich wegen seiner Position kritisiert hatte. Es sei wohl besser, den Dialog mit dem Kongress zu suchen oder mit dem Justizwesen, wenn es darum gehe, Reklame gegen diese Megaprojekte einzureichen, meinte Quezada Toruño.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Bischofskonferenz und die aktuelle Regierung aneinander geraten. Bereits Ende Januar, kurz nachdem Berger die Regierung übernommen hatte, wurde er von den Geistlichen mit deutlichen Wor-

ten dazu aufgefordert, etwas gegen die Korruption und die Straflosigkeit zu unternehmen. Am 7. Mai kritisierte die Bischofskonferenz, dass die Erhöhung der Grundlebenskosten die Ärmsten der Armen am stärksten treffe und solidarisierte sich mit den Tausenden landlosen BäuerInnen.

Am vergangenen 2. September verurteilte die Kirche das Vorgehen der Regierung gegen die BäuerInnen, welche die Finca Nueva Linda besetzten, und nahm in ihrem Schreiben auch gleich Bezug auf die Minen.

Diese Deklarationen störten Präsident Berger, der bei einem Treffen in New York gegenüber einem an Investitionen im Lande interessierten Unternehmen erklärte, die Bischöfe „seien schlecht informiert, hätten keine einheitliche Position und stülpten sich die populistische Flagge über“. Er lud Quezada Toruño zu einer Reise nach San Marcos ein, wo dieser sich selber davon überzeugen könne, dass die Minen gar nicht so ein Übel seien, wie es immer dargestellt würde. Und um dem ganzen die Schärfe zu nehmen, meinte Berger, es gäbe viele Punkte, in denen die Regierung und die Kirche einer Meinung seien, z.B. im Kampf gegen die Armut, in der Notwendigkeit der Arbeitsplatzbeschaffung und in der Sicherheitsfrage. Ausserdem würde die Regierung nie ir-

gendwelche Projekte erlauben, welche der Bevölkerung oder der Umwelt schaden.

Auch Kardinal Quezada Toruño half, die Wellen zu glätten und stritt ab, dass die Beziehung zwischen Kirche und Regierung abgebrochen sei. Er wies jedoch darauf hin, dass im Moment eine Stimmung im Lande herrsche, die schlimmer sei als während der vorherigen Regierungen. Ebenfalls verzichtete er auf den Ausflug nach San Marcos mit der Begründung, er habe religiöse Verpflichtungen.

Die beiden haben sich nun darauf geeinigt, eine Kommission, in der sowohl VertreterInnen der Kirche wie auch der Regierung vertreten sind, zu bilden, um mögliche negative Effekte der Minentätigkeit zu analysieren. Mit dem von Quezada Toruño gemachten Vorschlag soll der polemische Disput zwischen dem Landes- und dem Kirchenvater auf eine fachliche und technische Ebene herunter gebracht werden.

Derweil nimmt in San Marcos der Protest und Widerstand gegen die Minen zu. Eine wichtige Rolle in der Koordinierung und Organisation dieses Widerstandes nimmt übrigens das Menschenrechtsbüro der regionalen Diözese ein, die vom als kämpferisch bekannten Bischof Alvaro Ramazzini geleitet wird.

## Demo anlässlich des Nationaltags des Widerstands

**Guatemala, 13. Okt.** Rund 30 000 Menschen, Frauen und Männer aller Altersstufen, marschierten am 12. Oktober durch die Hauptstrassen von Guatemala-Stadt zum Gedenken an den Nationaltag des Widerstandes der Indígenas, BäuerInnen und des Volkes, ein Tag, der ursprünglich als Feiertag anlässlich der Eroberung Amerikas angesetzt war. Der heutige Anlass wurde von den Demonstrierenden, die hauptsächlich Angehörige der besagten Sektoren waren, dazu genutzt, Präsident Oscar Berger zur Erfüllung der Friedensverträge sowie zur Approbation und Aufnahme einer Ländlichen Entwicklungspolitik aufzufordern. Zur selben Zeit wurde auch im übrigen Land vor öffentlichen Institutionen manifestiert sowie Märsche und Blockierungen wichtiger Strassenverläufe durchgeführt.

Zu den Protestierenden gesellten sich auch LehrerInnen, Studierende und GewerkschafterInnen, die für sich ihre je eigenen Klagen einsetzten. Mitglieder der Nationalen LehrerInnenvereinigung fordern derzeit beispielsweise die Absetzung der Bildungsministerin

María del Carmen Aceña, die sie für unfähig halten, die bestehende Bildungskrise zu lösen und der sie vorwerfen, den Prozess der Bildungsreform zu behindern.

Die BäuerInnen ihrerseits verurteilten die derzeit *en masse* durchgeführten gewalttätigen Räumungen von Fincas. Sie forderten speziell die Aufklärung der genozitären Praktiken, die bei der entsprechenden Aktion auf der Finca Nueva Linda in Retalhuleu von der Zivilen Nationalpolizei angewendet wurden, sowie die Entschädigung der Angehörigen der Opfer.

Die wichtigsten Gebäude in der Hauptstadt waren während den Demonstrationen von menschlichen Absperrungen, bestehend aus Polizeiangestellten, umgeben. Laut Aussagen von Kommissaren seien diese jedoch lediglich Teil eines Schutzplans für die staatliche Infrastruktur, um zu verhindern, dass die ManifestantInnen die Wände der Gebäude bemalten.

Schliesslich wurde dem Präsidenten von Seiten der Indígenas und BäuerInnen ein Katalog mit ihren Forderungen

überreicht, ein weiterer war bereits dem Kongress gegeben worden.

Die Botschafterin des Guten Willens, Rigoberta Menchú machte unterdessen auf die Gefährdung der UN-Deklaration über die Rechte der Indigenen Völker aufmerksam. Diese soll einige Modifikationen hinsichtlich der Minimalnormen zum Überleben, der Würde und dem Wohlergehen der indigenen Völker erfahren. Gemäss Menchú wird von Seiten Grossbritanniens, Irlands und der Vereinigten Staaten eine deutlich rassistische und diskriminierende Position vertreten.

Francisco Calí, Präsidialer Kommissar gegen Diskriminierung und Rassismus, wies zudem darauf hin, dass die Deklaration, die seit zehn Jahren analysiert wird, mit den geplanten Änderungen keinen Sinn mehr haben wird. Auch Augusto Willemsen Díaz, Experte in Sachen Indigenes Recht, verurteilt die UN-Pläne als Rückschritt um viele Jahrhunderte. Mit den planmässigen Abwandlungen würde Díaz zufolge beinahe zu verstehen gegeben, die Indígenas seien keine Menschen.

## MINUGUA/ACNUDH / CICIACS – nur ja keine internationale „Einmischung“

**Guatemala, 12. Okt.** Die regionalen Vertretungen der *Mission der Vereinten Nationen für Guatemala* (MINUGUA) in Sololá, Huehuetenango, Quiché und Petén wurden in den letzten Wochen geschlossen, weitere werden folgen, bis am 31. Dezember alle acht Büros geschlossen sind und die internationale Mission ihr Mandat definitiv abschliessen wird. Eingesetzt wurde die Mission vor genau zehn Jahren, als Ergebnis des ersten unterzeichneten Friedensabkommens über die Menschenrechte, ihr Mandat wurde im Verlauf der Jahre mehrmals verlängert.

Nancy Robinson, Leiterin des Regionalbüros in Sololá, erklärte anlässlich der Feierlichkeiten bei der Schliessung des Büros, die Ziele, wie sie in den Friedensabkommen formuliert sind, seien noch lange nicht erreicht. Sie sei immer wieder erstaunt darüber, wie unterentwickelt Sololá sei, eine Gegend, die jährlich Tausende von TouristInnen anziehe.

Der Chef von MINUGUA, Tom Königs, wies darauf hin, dass vor allem eines der Themen der Friedensabkommen, die Landproblematik, in keiner Weise gelöst sei. „Die verschiedenen Regierungen haben ihre diesbezüglichen Politiken erarbeitet. Es darf aber nicht sein, dass man das Problem mit Räumungen seitens der Regierung und mit gewalttätigen Aktionen seitens der BäuerInnen löst“, so Königs.

Weitere aus den Friedensabkommen erwachsene Herausforderungen, die von der Regierung nicht befriedigend angegangen werden, sind laut Königs die Justizreform und die Umsetzung des Abkommens über die Identität und die Rechte der indigenen Bevölkerung. Immerhin sei mit der Reduktion der Militärtruppen ein wichtiger Schritt getan, doch auch in diesem Bereich gäbe es noch vieles zu tun, meinte Königs.

In ihrem neunten und abschliessenden Bericht zu Händen von UNO-Generalsekretär Kofi Annan, der am 30. September überreicht wurde, erwähnt MINUGUA auch den Rassismus, die bisher ausgebliebene Entschädigung der Kriegsgesopfer und die mangelnde Justiz als ungelöste und vor sich hin brodelnde Probleme, die längerfristig zu sozialen Aufständen führen, die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und den Zerfall der Regierung beschleunigen könnten.

Ab Januar 2005 werden Mitar-

beiterInnen des Menschenrechtsprokurats (PDH) die Aufgaben von MINUGUA übernehmen und die Einhaltung der Friedensabkommen überwachen. Königs gab zu, dass dies eine schwierige Aufgabe sein werde für die PDH, die bereits jetzt unter notorischem Geldmangel leidet, doch hoffe er, dass der Kongress ein entsprechendes Budget bewillige.

MenschenrechtsaktivistInnen hoffen, dass neben der PDH, die sicher nur einen Teil der Aufgaben von MINUGUA auffangen kann, die UN-Hochkommission für Menschenrechte (ACNUDH) eingesetzt wird. Ihre Aufgabe ist die technische und finanzielle Unterstützung der Regierung in Sachen Menschenrechte. Bisher gibt es in 40 Ländern solche UN-Hochkommissionen, in Lateinamerika gibt es sie in Kolumbien, Mexiko, El Salvador, Guyana, Haiti und Chile.

Im Moment blockiert der guatemaltekeische Kongress die Entscheidung über die Installation der ACNUDH. Umstrittener Punkt ist die Aufgabe der Kommission, jährlich einen Bericht über die Menschenrechtssituation zu Händen der UNO zu erarbeiten. GegnerInnen befürchten, diese Berichte würden Guatemala international in ein schlechtes Licht stellen und Sanktionen nach sich ziehen. MenschenrechtsaktivistInnen hingegen weisen darauf hin, dass diese Berichte rein technischer Art seien und über die Aktivitäten der Kommission Auskunft geben sollen, deren Aufgabe relativ begrenzt sei und zum Beispiel eigene Untersuchungen oder das Führen von Justizfällen nicht mit einschliesst. Ausserdem, so Juan Pablo Corlazzoli vom UNO-Entwicklungsprogramm PNUD, gäbe es genügend Berichte von Nichtregierungsorganisationen, die über die Menschenrechtssituation Auskunft geben.

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts von Mitte August über die Verfassungswidrigkeit der *Untersuchungskommission für illegale Körperschaften und klandestine Sicherheitsapparate* (CICIACS) schlug nun Vizepräsident Eduardo Stein die Schaffung einer Spezialabteilung innerhalb der Staatsanwaltschaft vor, welche die Aufgaben der abgelehnten CICIACS übernehmen soll. Ein detaillierter Vorschlag über das Funktionieren und die Kompetenzen einer solchen Spezialabteilung will der Leiter der *Präsidialen Menschenrechtskommission* (COPREDEH), Frank LaRue,

in den nächsten Tagen ausarbeiten.

Langsam scheint die Geduld der UNO am Ende zu sein. Im Fall der ACNUDH stellte sie der guatemaltekeischen Regierung ein Ultimatum bis zum 13. November, um das entsprechende Dekret oder Gesetz zu verabschieden, das notwendig ist, damit die Kommission ihre Arbeit aufnehmen kann. Ansonsten würde sie sich definitiv aus dem Land zurückziehen und es gäbe keine offizielle internationale Präsenz mehr in Guatemala, welche die Menschenrechtssituation beobachten würde.

MenschenrechtsaktivistInnen haben nun die Lobbyarbeit für die ACNUDH aufgenommen und bei nicht ganz unwichtigen Personen wie Otto Pérez Molina (Patriotische Partei) und Roxana de Baldeti (GAN) erreicht, dass sie ein entsprechendes Abkommen unterstützen und Stimmen dafür sammeln würden, falls das Thema wieder dem Kongress zur Entscheidung übergeben würde.

## Portillo bleibt in Mexiko

**Mexiko, 2. Sept.** Als Ironie des Schicksals bezeichneten mexikanische Zeitungen die Tatsache, dass der guatemaltekeische Ex-Präsident Alfonso Portillo ausgerechnet in Chilpancingo, Guerrero, eine Arbeits- und Niederlassungsbewilligung bekam, in jenem Ort, wo er vor 22 Jahren als Lehrer arbeitete und zwei Landsmänner umgebracht hatte.

Die entsprechenden Papiere bekam Portillo, nachdem er einen Arbeitsnachweis erbringen konnte: Sein neuer Beruf ist der eines Finanzberaters des Baumaterialienunternehmens Bahena S.A.. Die Firma ist Konzessionärin der Marke Construrama, ihrerseits im Besitz von Cemex, dem weltweit drittgrössten Zementhersteller. Francisco Bahena, Besitzer der Bahena S.A., ist ein alter Freund des guatemaltekeischen Ex-Präsidenten, gegen den in seiner Heimat etwa ein Dutzend Gerichtsverfahren laufen.

Portillos Arbeits- und Aufenthaltswilligung ist für ein Jahr gültig, kann danach aber erneuert werden und beschränkt sich geographisch offenbar nicht auf Chilpancingo, denn gemäss der mexikanischen Presse residiert Portillo in der Hauptstadt, im Distrito Federal.

## WOLA: Militärs und Unternehmen stecken hinter den illegalen Strukturen

**Guatemala, 21. Sept.** „Pensionierte Militärs und Unternehmen leiten die bewaffneten Gruppierungen, die in klandestiner Weise im Land operieren“, ist die Hauptaussage eines Buches, das vom *Washingtoner Büro für lateinamerikanische Angelegenheiten* (WOLA) herausgegeben wurde. Susan C. Peacock und Adriana Beltrán, Herausgeberinnen des Buchs mit dem Titel „Dunkle Mächte im Post-Konflikt Guatemalas“ versichern, dass sich die Menschenrechtssituation in den letzten Jahren wegen dem Agieren dieser klandestinen Gruppen verschlechtert habe. Die Jahre 2002 und 2003 seien die gewalttätigsten seit Beendigung des bewaffneten Konflikts gewesen und diese Tendenz habe im ersten Semester 2004 angehalten.

Das Buch beschreibt 47 konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen gegen JournalistInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, Religiöse, indigene Führungspersonlichkeiten, AkademikerInnen und BäuerInnen. Alle diese Fälle wurden in den Jahren 2002 – 2004 registriert und werden den illegal und bewaffnet operierenden Strukturen angeordnet.

Gemäss WOLA gehören diverse „Persönlichkeiten“ aus dem öffentlichen Leben diesen Parallelstrukturen an: So z.B. die Ex-Generäle Manuel Antonio Callejas, Luis Francisco Ortega Menaldo und Otto Pérez Molina, aktuell Kongressabgeordneter für die *Patriotische Partei* (PP). Ebenso werden die Oberste Juan Guillermo Oliva, Jacobo Salán Sánchez und Napoleon Rojas, Ex-General Efraín Ríos Montt und die Unternehmer Francisco Alvarado Macdonald und Alfredo Moreno genannt. Gegen die meisten der Aufgezählten liegen Untersuchungen wegen Korruption bzw. Veruntreuung, wenn nicht gar Haftbefehle vor.

Diese klandestinen Gruppen oder illegalen Strukturen seien aber nichts Neues in Guatemala sondern waren integraler Teil der Aufstandsbekämpfenden Kräfte, verantwortlich für brutale Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konflikts. Laut der Untersuchung von WOLA sind diese anhaltenden Verbindungen am deutlichsten zum Vorschein getreten unter der Regierung der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) in den Jahren 2002 – 2004. Und auch wenn die Wahlniederlage der FRG letztes Jahr ein „harter Schlag“ für diese Strukturen gewesen seien, gäbe es Anzeichen dafür, dass mit einer kalkulierten Strategie versucht werde, andere Parteien, Sektoren und Einzelpersonen innerhalb der aktuellen Regierung zu beeinflussen. Die Ineffizienz und Korruption im Justizwesen trügen das ihre dazu bei, diese Strukturen

und ihre Kollaborateure aufrecht zu erhalten, erklärten die Herausgeberinnen des Buches.

Auch für WOLA ist die einzige Art, diese Gruppen zu zerschlagen, die Einsetzung einer internationalen Kommission, wie es mit der CICIACS geplant war. Weiter fordern sie, die Militärhilfe und die gemeinsamen Militärübungen, wie sie von ausländischen Regierungen immer wieder durchgeführt werden, zu stoppen. Dafür solle in den Justizapparat investiert werden, damit die ins organisierte Verbrechen, ins Geldwaschen und in den Drogenhandel involvierten GuatemaltekinInnen verurteilt werden.

Während die Menschenrechtsaktivistin Iduvina Hernández die Herausgabe des Buchs als „sehr mutig“ bezeich-

nete, nannte es Pérez Molina „einseitig, präventiv und schlecht recherchiert“. Der auch namentlich im Buch erwähnte Ortega Menaldo seinerseits bezeichnete WOLA als „Stosstrupp der antimilitaristischen Linken“.

Zum Schluss gibt das Buch einige Empfehlungen an die guatemaltekeische und an die US-amerikanische Regierung ab: 1. Die Schaffung einer Untersuchungskommission à la CICIACS. 2. Die Stärkung des Menschenrechtsprokurats (PDH), damit dieses die Aufgabe von MINUGUA weiterführen kann. 3. Entmilitarisierung der Regierung. 4. Entzug von US-Visa und Verurteilung von in Geldwäsche, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen involvierte GuatemaltekinInnen.

## Unübersehbares Schwächeln der FRG

**Guatemala, 11. Okt.** Trotz der Versuche, nach aussen Stärke zu zeigen, lässt sich das Schwächeln der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) nur schlecht vertuschen. Ein Hinweis auf diesen parteiinternen Zustand liess sich bereits an der ständigen Verschiebung der Nationalen Generalversammlung festmachen, die anstatt wie vom Obersten Wahlgericht für Juni veranschlagt, schliesslich am 9. Oktober stattfand.

Einige GenossInnen vergleichen ihre Partei durchaus mit einer Monarchie: Dieser steht, nun zum sechsten Mal in Folge wiedergewählt, Efraín Ríos Montt als Generalsekretär vor, dessen Tochter Zury Ríos Sosa fungiert als Prinzessin – vor kurzem wurde sie zur Vorsitzenden der Gruppe Lateinamerika und Karibik (GRULAC), die Teil der Interparlamentarischen Union IPU mit Sitz in Genf, gewählt, und die Gefolgschaft besteht aus Untergebenen, die ausführen, was ihnen aufgetragen wird. Aristides Crespo, Zury Ríos und Haroldo Quej wurden bei der Parteiwahl in ihren Posten als VizesekretärInnen bestätigt.

Derweil haben die Köpfe der FRG Probleme mit der Justiz: Ríos Montt steht unter Hausarrest, während sich Ex-Vizepräsident Juan Francisco Reyes in Haft und Ex-Präsident Alfonso Portillo in Mexiko weilen.

Sieben Kongressabgeordnete haben inzwischen der Partei den Rücken gekehrt und dabei gleich ihre departementale Basis der FRG abspenstig gemacht. Doch noch pflegt diese in 17 Departements politisch-organisatorische Standbeine, zwölf sind laut Wahlgesetz Minimum.

Rund ein Jahr nach den wörtlichen und tätlichen Beleidigungen, die sich FRG-Mitglieder gegenüber Rigoberta

Menchú erlaubten, als diese zu einer Diskussionsveranstaltung um die Präsidentschaftskandidatur von Ríos Montt ins Verfassungsgericht kam, entschied die fünfte Strafinstanz nun, dass sich fünf der AkteurInnen, darunter ein Neffe des Parteipatriarchen, nun vor Gericht wegen Nötigung, Bedrohung, öffentliche Unruhestiftung, Freiheitsberaubung und Diskriminierung verantworten müssen. Im Moment befinden sie sich nach einer Kautionszahlung von je 30'000 Quetzales (ca US-\$ 3'750) noch auf freiem Fuss.

### ¡Fijáte!

**Herausgegeben von:  
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**

**Postbank Karlsruhe**

**BLZ: 660 100 75**

**Kto. -Nr.: 32 95 01-751**

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**

**Rahel-Varnhagen-Str. 15**

**79100 Freiburg**

**fijate@web.de**

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**

**c-tree@gmx.net**

**Jahres-Abo: 55.- €**

**Auslands-Abo: 60.- €**

**E-Mail-Abo: 50.- €**

**Erscheinungsweise**

**14-täglich.**

**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

## Zahlungen an Ex-PAC: Regierung fein raus

**Guatemala, 15. Okt.** Nachdem der Kongress im August die Entschädigungszahlungen an die ehemaligen Zivilpatrouillisten (PAC) bewilligte (siehe ¡Fijáte 317!), rechnete man allseits damit, dass Präsident Berger, wie im Vorfeld versprochen, sein Veto gegen diesen Entscheid einlegen würde. Dabei argumentierte Berger längst nicht mehr politisch, sondern zog finanzielle Aspekte in Betracht: „Wir haben kein Geld und wir wollen mit der Zahlung der Ex-PAC weder die Sicherheit noch die Bildung oder die Infrastruktur beeinträchtigen“, sagte er vor einem Treffen mit Finanzministerin Antonieta de Bonilla. Bei diesem Treffen ging es in erster Linie darum, mögliche Quellen zu definieren, aus denen die Ex-PAC entschädigt werden sollten. Es kursierten so absurde Ideen wie, den Gemeinden den staatlichen Steuerbeitrag von 10% zu kürzen oder das Geld aus den Gebühren zu beziehen, welche AutofahrerInnen für das Benutzen der (erst geplanten) Autobahn zwischen der Hauptstadt und El Rancho, Richtung Atlantik, bezahlen müssen.

Schon bevor Berger das entscheidende Wort sprach, kündeten Menschenrechtsorganisationen an, gegen ein eventuelles „JA“ noch einmal Rekurs beim Verfassungsgericht einzulegen, welches ja bereits vor einigen Monaten die Zahlungen als illegal bezeichnet hatte. Derweil drohten die Ex-PAC im Falle eines „NEIN“ mit dem Lahmlegen des ganzen Landes.

Schliesslich billigte aber Präsident Berger am 19. September den vom Kongress gefällten Entscheid, die PAC auszahlend. Damit glaubt er wohl, seine Hände in Unschuld gewaschen zu haben und kann alle weiteren Verzögerungen, welche durch eingereichte Rekurse der Menschenrechtsorganisationen entstehen, als Problem zwischen sozialen Gruppierungen abtun.

Den ersten Einspruch beim Verfassungsgericht erhob jedoch der Anwalt Alejandro Balsells Conde ein, der keine bestimmte Gruppierung oder Partei vertritt, sondern wie er selber sagte, aus moralischen Gründen handelte. Sein Rekurs basiert hauptsächlich darauf,

dass im unterzeichneten Dekret nirgends festgelegt sei, woher die Finanzmittel für die Zahlungen kämen. Und mit der Bestimmung, dass es das Finanzministerium sei, das dieses Problem zu lösen habe, verstosse das Dekret gegen die Verfassung, da es dem Ministerium Kompetenzen übergebe, die in der Verantwortung der Legislative liegen. Das Verfassungsgericht sprach sich am 28. September ein zweites Mal gegen die Zahlungen an die Ex-PAC aus, bezeichnete den Rekurs von Balsells Conde als rechtmässig und sprach ein provisorisches Moratorium gegen die Zahlungen aus.

Unterdessen reichten auch die Menschenrechtsorganisationen ihren Rekurs ein, in dem sie ähnliche Argumente wie bereits Balsells anführten. Dies taten sie trotz direkter Bedrohungen seitens der Ex-PAC, die sich die Mühe machten, „Besuche“ bei den einzelnen Organisationen zu machen. „Besuche“, deren Ziel es war, den Organisationen durchzugeben, sie sollen von einem Einspruch absehen, da sie sonst mit Konsequenzen zu rechnen hätten.

## Die *maras* – Bin Ladens Verbindung nach Guatemala

**Guatemala, 7. Okt.** Eins sei vorweg gesagt: mit diesem Titel haben wir nichts als ein haltloses Gerücht aufgenommen, das in den letzten Wochen in den guatemalteckischen Medien kursierte und eigentlich zum Lachen wäre. Wenn es nicht von den Regierungen der Region dazu benutzt würde, repressive Massnahmen gegen Mitglieder der *maras* (Jugendbanden) zu ergreifen und die von den USA diktierten Terrorismusbekämpfungsprogramme einzuführen.

In Guatemala wurde am 2. September Julio Godoy Anleu zum präsidentialen Beauftragten für Terrorismusbekämpfung ernannt, mit dem Argument, man sähe die Notwendigkeit, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, weil, so Vizepräsident Eduardo Stein „es Anzeichen von Verbindungen zwischen Al Qaida und den *maras* gibt“.

Das Gerücht über die „*mara*- Al Qaida- Connection“ wurde von dem mexikanischen TV-Sender *Televisa* in Umlauf gebracht, die eine Reportage ausstrahlte, in der von „vertraulichen Informationen“ die Rede war, die beweisen wollen, dass sich der Al Qaida-Terrorist El Shukijumah mit verschiedenen Anführern der *maras* Salvatrucha und M-18 getroffen habe. Weiter ging es damit, dass Innenminister Carlos Vielmann berichtete, man habe diesen Terroristen im Péten „gesehen“, doch nicht

lokalisieren können.

Laut Vielmann würden Mitglieder der zentralamerikanischen *maras*, bevor sie in ihre Heimatländer deportiert werden, in den US-amerikanischen Gefängnissen von arabischen Gefangenen zum Übertritt in den Islam gezwungen. Ausserdem, so Vielmann, gebe es in Guatemala eine grosse arabische Gemeinde.

Gemäss Arnoldo Villagran von *incidencia democrática* (IDEM) wird das Thema Terrorismus in Guatemala und Lateinamerika zu sehr aufgeblasen. Die vermeintlichen Verbindungen zu den *maras* seien Konstruktionen, die einzig dazu dienten, die von den Vereinigten Staaten verlangten Massnahmen durchzusetzen. Es gebe überhaupt keinen Beweis für solche Verbindungen. Das Besorgniserregendste für Villagran ist, dass damit auch die Bedingungen geschaffen würden, um die Forderungen und Ausdrucksformen der sozialen Bewegungen zu deslegitimieren und reprimieren, indem man sie einfach mit dem internationalen Terrorismus in Verbindung bringe.

Ein wunderbares Beispiel dafür ist die Finca Nueva Linda: In einer Zeitungsmeldung vom 14. Oktober wird Innenminister Vielmann zitiert, der Beweise dafür haben will, dass es zapatistische Guerilleros aus Chiapas, Mexiko, waren, welche sich unter die guatemal-

tekischen BäuerInnen gemischt und die Schiessereien begonnen haben sollen, bei denen 12 Personen starben.

Aussagen von Enrique Alvarez, ebenfalls von IDEM, zufolge, laufen unter der Bezeichnung „Terrorismusbekämpfung“ Programme zur Bekämpfung des Waffen- und Drogenhandels, aber auch Massnahmen, die Migration zu kontrollieren oder noch lieber, zu stoppen. Als Folge davon werden mit US-amerikanischen staatlichen Entwicklungsgeldern (US-AID) PolizistInnen, AnwaltInnen und Feuerwehrleute in Terrorismusbekämpfung geschult. Solche Ausbildungsprogramme zur internationalen Terrorismusbekämpfung bieten die USA seit 1983 an, insgesamt wurden über 19'000 SicherheitsagentInnen in 104 Ländern in diesem Rahmen trainiert. Für Guatemala ist es das erste Mal, dass ein solcher Ausbildungskurs durchgeführt wird.

In diesem Zusammenhang kommt eine unabhängige US-amerikanische Studie (*Blurring the Lines*) zu dem Ergebnis, dass die Ausbildung von lateinamerikanischem Militär- und Polizeipersonal mit 22'855 Personen im Jahr 2003 um 52% zugenommen hat im Vergleich zum Vorjahr. Und: Die USA bildete im selben Jahr 2003 in Kolumbien mehr Militär- und Polizeitruppen aus als in Afghanistan und Irak.